



DPG-Rundbrief – Juli I 2020

Liebe DPG-Mitglieder,
liebe Leserin, lieber Leser,

dieser Rundbrief wird im Juni versendet, trägt jedoch die Bezeichnung **Juli I 2020**. Die geplante schändliche israelische Annexion und die damit verbundene Expansion des Staates Israel auf Kosten der Palästinenser und Palästinenserinnen - unter Missachtung aller internationalen Vereinbarungen und des Völkerrechts - soll laut Vorankündigung am 1. Juli 2020 in die Wege geleitet werden.

Mit einem kurz gehaltenen Schreiben an die Bundeskanzlerin fordert die DPG, auch in Ihrem Namen, die Bundesregierung auf, endlich effektive Maßnahmen zu ergreifen

Bad Iburg, 28.06.2020

Israel beabsichtigt, große Teile des Westjordanlandes zu annektieren

Sehr geehrte Frau Bundeskanzlerin, sehr geehrte Frau Dr. Merkel,

fassungslos und mit großer Sorge muss die Weltgemeinschaft zur Kenntnis nehmen, dass die israelische Regierung erneut völkerrechtswidrig weitere Annexionspläne mit Unterstützung der US-Administration schmiedet, dadurch den Frieden gefährdet und internationale Vereinbarungen bricht.

Mit der völkerrechtswidrigen Aneignung von über 30 Prozent des für einen palästinensischen Staat notwendigen Territoriums soll das strategisch wichtige und fruchtbare Jordantal mit seinen Wasserressourcen annektiert werden. Die Folgen dieser Annexion sind für die Region und für die betrogenen Palästinenser verheerend, aber auch für Israel selbst, das dadurch dauerhaft Besatzungsmacht mit zwei unterschiedlichen Rechtssystemen bliebe.

Die DPG verurteilt die geplante Annexion als Bruch des Völkerrechts und als Einverleibung von palästinensischem Grund und Boden und fordert die Bundesregierung auf, auf Israel einzuwirken.

Das besondere Verhältnis zum Staat Israel darf nicht zu einer Duldung solchen Vorgehens führen

Die DPG fordert die Bundesregierung auf, sich dafür einzusetzen, dass das EU-Assoziierungsabkommen mit Israel ausgesetzt und der Staat Palästina in den Grenzen vor 1967 anerkannt wird.

Nazih Musharbash

Präsident der Deutsch-Palästinensischen Gesellschaft e.V.

Wir erlauben uns, diesen Brief der besonderen Bedeutung wegen zu veröffentlichen.